

**Gewinnermittlung
nach § 4 Abs. 3 EStG
vom 01.01.2022 bis 31.12.2022**

**Verband Deutscher
Dentalsoftware-Unternehmen e. V.
Dahlweg 120a
48153 Münster**

Wir haben auftragsgemäß die nachstehende steuerliche Gewinnermittlung des Verband Deutscher Dentalsoftware-Unternehmen e. V. für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2022 unter Beachtung der steuerrechtlichen Vorschriften erstellt.

Wir haben unseren Auftrag unter sinngemäßer Anwendung der Verlautbarung der Bundessteuerberaterkammer zu den Grundsätzen für die Erstellung von Jahresabschlüssen durchgeführt.

Für die Durchführung des Auftrags und unsere Verantwortlichkeit, auch im Verhältnis zu Dritten, gelten die vereinbarten und diesem Bericht als Anlage beigefügten "Allgemeinen Mandantenbedingungen der AHW Hunold & Partner mbB Steuerberater Wirtschaftsprüfer Rechtsanwälte".

Köln, 15. Juni 2023

AHW Hunold & Partner mbB
Steuerberater Wirtschaftsprüfer Rechtsanwälte

Christoph Felten, LL.M. oec.
Rechtsanwalt
Fachanwalt für Steuerrecht
Steuerberater

GEWINNERMITTLUNG nach § 4 Abs. 3 EStG vom 01.01.2022 bis 31.12.2022

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
A. BETRIEBSEINNAHMEN			
1. Umsatzerlöse		145.400,00	142.300,00
2. Zinsen und andere Finanzeinnahmen			
Zinseinnahmen		4,85	0,00
SUMME BETRIEBSEINNAHMEN		145.404,85	142.300,00
B. BETRIEBSAUSGABEN			
1. Absetzung für Abnutzung (AfA)			
AfA auf immaterielle Wirtschaftsgüter		3.341,00	3.342,00
2. Sonstige betriebliche Ausgaben			
a) Beiträge, Gebühren, Abgaben und Versicherungen	1.047,20		952,00
b) Ausgaben für Werbung und Geschäftsreisen			
Ausgaben für Werbung	49.093,13		44.433,70
c) Ausgaben für Telekommunikation	82.625,24		74.230,96
d) Ausgaben für Arbeitsmittel	26.428,74		25.986,72
e) Ausgaben für Rechts- und Steuerberatung, Buchführung	17.834,65		29.371,28
f) Weitere sonstige betriebliche Ausgaben	<u>175,90</u>		<u>113,74</u>
		177.204,86	175.088,40
SUMME BETRIEBSAUSGABEN		180.545,86	178.430,40
STEUERLICHER VERLUST		35.141,01	36.130,40

KONTENNACHWEIS zur Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 EStG
zum 31.12.2022

Konto	Bezeichnung	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
	Umsatzerlöse			
4101	Mitgliedsbeiträge	143.400,00		139.800,00
4102	Aufnahmegebühren	<u>2.000,00</u>	145.400,00	2.500,00
	Zinseinnahmen			
7100	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		4,85	0,00
	AfA auf immaterielle Wirtschaftsgüter			
6200	Abschreibung immaterielle VermG		3.341,00	3.342,00
	Beiträge, Gebühren, Abgaben und Versicherungen			
6400	Versicherungen		1.047,20	952,00
	Ausgaben für Werbung			
6600	Werbekosten	33.413,32		44.433,70
6631	Raummieten Tagungen	14.074,15		0,00
6632	Technik Tagung	<u>1.605,66</u>	49.093,13	0,00
	Ausgaben für Telekommunikation			
6810	Telefax und Internetkosten	442,54		141,42
6811	Internet Homepage Pflege	<u>82.182,70</u>	82.625,24	74.089,54
	Ausgaben für Arbeitsmittel			
6815	Bürokosten		26.428,74	25.986,72
	Ausgaben für Rechts- und Steuerberatung, Buchführung			
6825	Rechts- und Beratungskosten	3.865,54		18.111,73
6827	Hauptstadtbüro	<u>13.969,11</u>	17.834,65	11.259,55
Übertrag			34.965,11-	36.016,66-

**KONTENNACHWEIS zur Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 EStG
zum 31.12.2022**

Konto	Bezeichnung	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
	Übertrag		34.965,11-	36.016,66-
	Weitere sonstige betriebliche Ausgaben			
6855	Nebenkosten des Geldverkehrs		175,90	113,74
	STEUERLICHER VERLUST		<hr/>	<hr/>
	STEUERLICHER VERLUST		35.141,01	36.130,40
			<hr/> <hr/>	<hr/> <hr/>

KONTENNACHWEIS zur Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 EStG
zum 31.12.2022

Sonstige Konten

Konto	Bezeichnung	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
0130	Ähnl. Rechte, Werte, entgeltl. erworben	2.785,00		6.126,00
1800	Dt. Apotheker- und Ärztebank 0005463564			
		27.974,95		59.774,96
1802	Festgeldkonto	32.700,00		32.700,00
2010	Variables Kapital (VH), EK	98.600,96-		134.731,36-
			_____	_____
	Summe		35.141,01-	36.130,40-
			=====	=====

Entwicklung des Anlagevermögens vom 01.01.2022 bis 31.12.2022

Konto	Bezeichnung	Entwicklung der	Stand zum 01.01.2022 EUR	Zugang Abgang- EUR	Umbuchung EUR	Abschreibung Zuschreibung- EUR	Stand zum 31.12.2022 EUR
130	Ähnl. Rechte, Werte, entgeltl. erworben	Ansch-/Herst-K Abschreibung Buchwerte	10.025,00 3.899,00 6.126,00	3.341,00		3.341,00	10.025,00 7.240,00 2.785,00
Summe		Ansch-/Herst-K Abschreibung Buchwerte	10.025,00 3.899,00 6.126,00	3.341,00		3.341,00	10.025,00 7.240,00 2.785,00

Entwicklung des Anlagevermögens vom 01.01.2022 bis 31.12.2022

Konto Inventar	Bezeichnung Inventarbezeichnung	Datum AfA-Art ND AfA-%	Entw. der	Stand zum 01.01.2022 EUR	Zugang Abgang- EUR	Umbuchung EUR	Abschreibung Zuschreibung- EUR	Stand zum 31.12.2022 EUR
130	Ähnl. Rechte, Werte, entgeltl. erworben							
130001	BE Dental Marketing - Imagevi- deo	30.11.2020 Linear 03/00 / 33,33	AHK Abschr. BW	10.025,00 3.899,00 6.126,00	3.341,00		3.341,00	10.025,00 7.240,00 2.785,00
Summe	Ähnl. Rechte, Werte, entgeltl. erworben	Ansch-/Herst-K Abschreibung Buchwerte		10.025,00 3.899,00 6.126,00	3.341,00		3.341,00	10.025,00 7.240,00 2.785,00

Allgemeine Mandantenbedingungen

der AHW Hunold & Partner mbB Steuerberater Wirtschaftsprüfer Rechtsanwälte

1. Geltungsbereich
 - (1) Diese Mandatsbedingungen gelten für alle Mandate zwischen der Sozietät und dem jeweiligen Mandanten, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich vorgeschrieben ist. Sie entbinden nicht von der Einhaltung des jeweils gültigen Berufsrechts.
 - (2) Mandate werden der Sozietät erteilt, nicht einzelnen Gesellschaftern und/oder für die Sozietät tätigen Personen, es sei denn die Vertretung durch einen einzelnen Gesellschafter ist vorgeschrieben. Soweit aufgrund einer Vereinbarung ein Vertragsverhältnis mit einzelnen oder mehreren Gesellschaftern zustande kommt, gelten diese Mandatsbedingungen im Verhältnis zu den betroffenen Gesellschaftern.
 - (3) Sie gelten auch für alle in Zukunft erteilten Mandate, ohne dass sie erneut in Bezug genommen werden müssen.
2. Umfang des Mandats
 - (1) Gegenstand des Auftrags ist die jeweils vereinbarte Tätigkeit, nicht die Erzielung eines bestimmten wirtschaftlichen oder rechtlichen Erfolgs.
 - (2) Die Steuerberatung durch die Sozietät bezieht sich ausschließlich auf das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Sofern ausländisches Recht berührt ist, weist die Sozietät hierauf hin.
3. Pflichten der Sozietät
 - (1) Die Sozietät ist zur sorgfältigen Mandatsführung verpflichtet. Sie unterrichtet den Mandanten angemessen im jeweils beauftragten Umfang über das Ergebnis und den Stand der Bearbeitung.
 - (2) Die Berufsträger und die Mitarbeiter der Sozietät sind berufsrechtlich zur Verschwiegenheit verpflichtet. Diese Pflicht bezieht sich auf alles, was ihnen im Rahmen des Mandats durch den Mandanten anvertraut oder sonst bekannt wird. Insoweit besteht ein Zeugnisverweigerungsrecht. Über das Bestehen eines Mandats und Informationen im Zusammenhang mit dem Mandat dürfen sich die Berufsträger und Mitarbeiter der Sozietät gegenüber Dritten nur äußern, wenn der Mandant ihn zuvor von seiner Schweigepflicht entbunden hat.
 - (3) Eine Verschwiegenheitspflicht besteht nicht, soweit dies zur Durchführung eines Zertifizierungsaudits in der Kanzlei der Sozietät erforderlich ist und die insoweit tätigen Personen ihrerseits über ihre Verschwiegenheitspflicht belehrt worden sind. Der Mandant erklärt sich damit einverstanden, dass durch den Zertifizierer Einsicht in seine – von der Sozietät angelegte und geführte – Handakte genommen wird.
4. Mitwirkung Dritter

Die Sozietät ist berechtigt, zur Ausführung des Auftrags Mitarbeiter, fachkundige Dritte sowie datenverarbeitende Unternehmen heranzuziehen, die berufsmäßig oder durch entsprechende vertragliche Vereinbarung mit der Sozietät zur Verschwiegenheit im Sinne der Ziff. 3 verpflichtet sind.
5. Pflichten des Mandanten
 - (1) Der Mandant wird der Sozietät über alle mit dem Auftrag zusammenhängenden Tatsachen umfassend und wahrheitsgemäß informieren und ihr sämtliche mit dem Mandat zusammenhängende Unterlagen und Daten in geordneter Form übermitteln.
 - (2) Der Mandant informiert die Sozietät umgehend insbesondere über Änderungen seiner Anschrift, E-Mail-Adresse und Umstände, die seine vorübergehende Unerreichbarkeit begründen.
 - (3) Der Mandant wird die ihm von der Sozietät übermittelten Schreiben/Schriftsätze, die ihm vorab als Entwurf übersandt worden sind, umgehend und sorgfältig überprüfen, ob die darin enthaltenen Angaben zum Sachverhalt wahrheitsgemäß und vollständig sind. Der Mandant wird die Sozietät sodann umgehend informieren, ob die Schreiben/Schriftsätze in der ihm vorgelegten Fassung an Dritte übersandt werden können.
 - (4) Der Mandant verpflichtet sich, schriftliche Arbeitsergebnisse der Sozietät, insbesondere Gutachten und Stellungnahmen, vertraulich nur für seine eigenen Zwecke zu verwenden. Die Weitergabe der Arbeitsergebnisse der Sozietät an Dritte bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Sozietät, soweit sich nicht bereits aus dem Auftragsinhalt die Einwilligung zur Weitergabe an einen bestimmten Dritten ergibt. Der Mandant verpflichtet sich, diese Verpflichtung auch seinen Mitarbeitern aufzuerlegen. Der Mandant darf ihm übersandte Arbeitsergebnisse auch ohne vorherige schriftliche Zustimmung der Sozietät einem zur Berufsverschwiegenheit verpflichteten Sachverständigen zugänglich machen, der in gleicher Angelegenheit berät, sofern der Mandant diesen vor Überlassung zur vertraulichen Behandlung der ihm überlassenen Unterlagen verpflichtet hat.
6. Vergütung/Vergütungshinweis
 - (1) Die Vergütung der Sozietät wird grundsätzlich in einer Vergütungsvereinbarung festgelegt. Besteht keine Vergütungsvereinbarung wird die gesetzliche Vergütung nach der Steuerberatervergütungsverordnung (StBVV) geschuldet. Die Sozietät hat, sofern nichts anderes vereinbart ist, neben der Vergütungsforderung einen Anspruch auf Ersatz der Auslagen und der gesetzlichen Umsatzsteuer.
 - (2) Der Mandant wird darauf hingewiesen, dass sich die nach der StBVV anfallenden Gebühren, soweit nichts anderes vereinbart ist, jeweils nach dem Gegenstandswert berechnen. Ferner kann die Gebühr nach der StBVV sowohl über- als auch unterschritten werden.
7. Zahlung/Abtretung
 - (1) Der Mandant ist verpflichtet, auf Anforderung der Sozietät angemessene Vorschüsse, Zwischenabrechnungen und spätestens nach Beendigung des Mandats die vollständige Vergütung zu bezahlen. Dies gilt auch, wenn Kostenerstattungsansprüche gegen Rechtsschutzversicherung, Gegenseite oder Dritte bestehen.
 - (2) Der Mandant tritt sämtliche Ansprüche auf Kostenerstattung durch die Gegenseite, Rechtsschutzversicherung oder sonstige Dritte in Höhe der Vergütungsforderung der Sozietät an diese ab. Die Sozietät nimmt die Abtretung an. Die Sozietät ist berechtigt, eingehende Zahlungen auf offene Vergütungsforderungen der Sozietät zu verrechnen.
 - (3) Eine Aufrechnung gegen Forderungen der Partnerschaft auf Vergütung und Auslagensatz ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.
8. Fremdgeld

Die Sozietät verwahrt für den Mandanten eingehende Gelder treuhänderisch. Sie wird diese vorbehaltlich Ziff. 7 Abs. (2) unverzüglich auf Anforderung des Mandanten an die von ihm benannte Stelle auszahlen.
9. Fax- und E-Mail-Verkehr
 - (1) Teilt der Mandant der Sozietät einen Faxanschluss mit, erklärt er sich damit bis auf Widerruf oder ausdrückliche anderweitige Weisung einverstanden, dass die Sozietät ihm ohne Einschränkungen über diesen Faxanschluss mandatsbezogene Informationen übersendet. Der Mandant sichert zu, dass nur er oder von ihm beauftragte Personen Zugriff auf das Faxgerät haben und dass er Faxeingänge regelmäßig überprüft. Der Mandant ist verpflichtet, die Sozietät darauf hinzuweisen, wenn Einschränkungen bestehen, insbesondere dass Faxeingänge nur nach vorheriger Ankündigung gewünscht werden.
 - (2) Der Mandant erklärt sein Einverständnis, dass die Kommunikation zwischen Sozietät und Mandant auch mittels E-Mail erfolgen kann. Im Hinblick auf den Einsatz von E-Mails weist die Sozietät auf folgende Risiken hin.

Derzeit bestehen bei jeder unverschlüsselten Versendung von Informationen und Dokumenten per E-Mail ein technisch unvermeidbares Risiko, dass

 - sich Dritte Zugang zu den enthaltenen Daten verschaffen und damit Kenntnis von ihrem Inhalt erlangen.
 - E-Mails Viren enthalten,
 - Theoretisch andere Internet-Teilnehmer den Inhalt der E-Mails modifizieren können,
 - nicht vollständig sichergestellt ist, dass E-Mails tatsächlich von dem Absender stammen, der angegeben ist.

Da gegenwärtig ein strafrechtlicher Schutz für E-Mails nicht besteht, ist die rechtliche Zugriffsschranke für Dritte gering. Entsprechend kann die Sozietät eine Haftung für die Sicherheit der übermittelten Daten und Informationen nicht übernehmen und haftet für ggf. entstehende Schäden nicht.

10. Haftung /Ausschlussfrist

- (1) Die Sozietät unterhält eine Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung in Höhe von EUR 10.000.000,00 (in Worten: Euro zehn Millionen).
- (2) Die Haftung der Sozietät für Schadensersatzansprüche jeder Art – mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit- ist bei einem auf einfacher Fahrlässigkeit beruhenden einzelnen Schaden auf EUR 10.000.000,00 (in Worten: Euro zehn Millionen) beschränkt. Die Haftungsbeschränkung gilt auch dann, wenn eine Haftung gegenüber einer anderen Person als dem Mandant begründet sein sollte. Ein einzelner Schadensfall liegt auch dann vor, wenn ein einheitlicher Schaden aufgrund mehrerer Pflichtverletzungen entstanden ist. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinander folgende Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen.
- (3) Sofern der Mandant ein Unternehmer ist, kann ein Schadensersatzanspruch nur innerhalb einer Ausschlussfrist von einem Jahr gegenüber der Sozietät geltend gemacht werden, nachdem der Anspruchsberechtigte von dem Schaden und von dem anspruchsbegründenden Ereignis Kenntnis erlangt hat, spätestens aber innerhalb von fünf Jahren nach dem anspruchsbegründenden Ereignis. Der Anspruch erlischt, wenn nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten seit der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Mandant auf diese Folge hingewiesen wurde. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt hiervon unberührt.
- (4) Einzelvertragliche Haftungsbegrenzungsvereinbarungen gehen dieser Vereinbarung vor, lassen die Wirksamkeit dieser Haftungsbegrenzungsvereinbarung – soweit nicht ausdrücklich anderes geregelt – aber unberührt.
- (5) Die Sozietät wird auf Wunsch des Mandanten eine zusätzliche Einzelobjektversicherung für das aus dem Auftrag resultierende Schadensrisiko abschließen, sofern sich der Mandant zur Übernahme der dadurch entstandenen Mehrkosten bereit erklärt.

11. Datenschutz

Die Sozietät ist berechtigt, Daten, die das Mandatsverhältnis betreffen, in Zusammenhang mit der Vertragserfüllung/-abwicklung selbst oder durch Erfüllungsgehilfen auf Datenträgern zu erfassen, zu speichern, aufzubewahren und zu verarbeiten.

12. Beendigung

- (1) Rahmenverträge enden durch Kündigung. Einzelne Beratungsaufträge enden mit der Erledigung des Auftrages. Die Kündigung bedarf der Schriftform.
- (2) Bei der Kündigung des Vertrages durch die Sozietät sind zur Vermeidung von Rechtsverlusten des Mandanten in jedem Fall noch diejenigen Handlungen vorzunehmen, die zumutbar sind und keinen Aufschub dulden.
- (3) Nach Beendigung des Mandatsverhältnisses sind die der Sozietät übergebenen Unterlagen von der Sozietät bereitzustellen und durch den Mandanten am Sitz der Sozietät abzuholen.
- (4) Mit Beendigung des Vertrages hat die Sozietät dem Mandant die bei ihm zur Ausführung des Auftrags eingesetzten Datenverarbeitungsprogramme einschließlich angefertigter Kopien sowie sonstige Programmunterlagen unverzüglich herauszugeben bzw. von der Festplatte zu löschen.

Aufbewahrung und Herausgabe

- (1) Die Sozietät hat die Handakte nach Beendigung des Auftrages zehn Jahre, in jedem Fall aber bis zum Ablauf der für die Aufbewahrung der Akten bestimmten Fristen, aufzubewahren. Diese Verpflichtung erlischt schon vor Beendigung dieses Zeitraums, wenn die Sozietät den Mandanten schriftlich aufgefordert hat, die Handakten in Empfang zu nehmen und der Mandant dieser Aufforderung binnen drei Monaten, nachdem er sie erhalten hat, nicht nachgekommen ist.
- (2) Auf Anforderung des Mandanten hat die Sozietät dem Mandanten die Handakten vorbehaltlich eines gesetzlichen Zurückbehaltungsrechts innerhalb einer angemessenen Frist zur Abholung bereitzustellen. Die Sozietät kann von Unterlagen, die sie an den Mandanten zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen und zurückbehalten.

13. Sonstiges

- (1) Für den Auftrag, seine Durchführung und sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.
- (2) Sofern der Mandant Kaufmann, juristische Person des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtlichen Sondervermögens ist oder keinen allgemeinen Gerichtsstand im Inland hat, wird für sämtliche Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit dem Mandatsverhältnis Köln als ausschließlicher Gerichtsstand vereinbart.
- (3) Änderungen und Ergänzungen bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für die Aufhebung des Schriftformerfordernisses.
- (4) Sollte eine in diesen Mandatsbedingungen enthaltene Regelung unwirksam sein oder werden, oder sollte sich eine Lücke herausstellen, so berührt dies nicht die Wirksamkeit der übrigen Regelungen. Die unwirksame Regelung oder die Lücke gelten als durch die wirksame Regelung ersetzt, die dem am nächsten kommt, was der Mandant und die Sozietät vereinbart hätten, wenn sie die Unwirksamkeit oder Lücke erkannt hätten. Dies gilt insbesondere dann, wenn eine Regelung deshalb unwirksam ist, weil sie nach Maß und Grad vom rechtlich Zulässigen abweicht.